

Klimaschutz und Energie überwiesen werden soll. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen diese Überweisungsempfehlung? – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist beide Male nicht der Fall. Dann ist die **Überweisungsempfehlung** einstimmig **angenommen** worden.

Ich rufe auf:

2 Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/7196

Ich eröffne die Aussprache. Als Erstes spricht für die SPD ihr Abgeordneter Herr Wolf.

Sven Wolf (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Jahr 1946: Seit einem Jahr schweigen die Waffen in Europa. Millionen Menschen trauern um Tote und Vermisste in Europa. Es gibt Hunger und Not.

Was machten unsere Vorgänger hier im Haus? Sie debattierten über eine Verfassung. Sie gründeten ein neues Bundesland. Sie diskutierten über Grundwerte; und das nach dem – wie Hannah Arendt es beschrieben hat – Drama der Zivilisation. Damals konnte man sich auch die Frage stellen: Gibt es nichts Wichtigeres? – Doch. Faschismus dauerhaft zu verhindern, war aber neben der Lösung der täglichen Not der größte Antrieb für Debatten hier im Haus. Das alles sollten wir uns ständig in Erinnerung rufen, denn nur wer unsere Grundwerte kennt, kann sie leben, und nur wer unsere Grundprinzipien der Demokratie kennt, kann sie leben.

Wie erklären wir eigentlich Demokratie? Das ist eine Frage, die wir uns wahrscheinlich ganz häufig stellen, wenn wir mit jungen Menschen diskutieren, weil sie uns hier im Landtag besuchen oder wir in Schulen sind. Ich nehme dann immer ein paar Alltagsbeispiele, Diskussionen, die jeder von ihnen kennt: Wohin geht es im nächsten Urlaub? Dann gibt es Diskussionen über den Lieblingsurlaubsort, und man muss gute Argumente haben, um die anderen zu überzeugen. Um Überzeugen geht es nämlich in der Demokratie.

Vor wenigen Tagen habe ich ein Buch bei der Landeszentrale für politische Bildung bestellt und bekommen. „Wer tanzt schon gern allein?“ heißt es; ein Jugendbuch mit wunderschönen Geschichten zum Thema „Demokratie“. Aus einer will ich zitieren. Dort heißt es in dieser sehr lustigen Geschichte:

„Demokra-Tiere ernähren sich hauptsächlich von freien Gedanken, verschmähen aber auch ein gerechtes Gericht nicht.

(Heiterkeit von Christian Dahm [SPD], Elisabeth Müller-Witt [SPD] und Inge Blask [SPD])

Sie sind ausgesprochen gesellig und leben üblicherweise in großen Kolonien zusammen.“

In dieser Geschichte tauchen auch weitere Tiere auf. Da gibt es zum Beispiel Parlamen-Tiere. Das sind diejenigen, die für andere diskutieren. Dann gibt es Lamen-Tiere. Die beschwerten sich immer, tun aber nichts. Und es gibt Nationali-Tiere, die sich von Zeit zu Zeit, aber sehr unkontrolliert vermehren.

(Heiterkeit von Christian Dahm [SPD], Elisabeth Müller-Witt [SPD], Inge Blask [SPD] und Andrea Busche [SPD])

Wenn es davon zu viele gibt, dann verdrängen sie die Demokra-Tiere. Lesen Sie es selber mal, es hat mir zumindest sehr viel Freude gemacht.

Warum ist es gerade jetzt wichtig, dass wir über das Thema „Demokratie“ sprechen? Die Feinde der Demokratie werden immer lauter. Die Feinde der Demokratie sitzen auch hier im Parlament. Minister Reul hat das bei der Ankündigung, die Junge Alternative als Verdachtsfall einzustufen, sehr gut auf den Punkt gebracht. Innerhalb einer Partei, die auch hier im Landtag sitzt, gibt es Gruppen, die – Zitat – „nicht nach demokratischen Spielregeln spielen, sondern das eigene rechtsextremistische Regelwerk vorziehen“.

Auch die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat das sehr deutlich auf den Punkt gebracht. Es gibt einen Teil der Bevölkerung, der wendet sich ab, der zieht sich zurück, der macht es sich zu Hause schön. Der andere Teil der Gesellschaft wird immer aggressiver in den öffentlichen Diskussionen. Es bleibt die Mitte, die unsere Demokratie noch trägt und auf die wir setzen müssen. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Teil der Mitte, der unsere Demokratie trägt, stärken und diesen Teil der Mitte auch verbreitern.

Im vorliegenden Antrag schlagen wir Ihnen vor, dass in allen Bildungseinrichtungen als Leuchtturmprojekt Wochen der Demokratie ausgelobt werden. Das kann in Kindergärten, Grundschulen, Hochschulen, Berufskollegs und Meisterschulen sein. Wir laden Sie gerne ein, dass wir diese und weitere Ideen im zuständigen Fachausschuss ausführlich diskutieren, anreichern und damit gemeinsam unsere Demokratie stärken. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Wolf. – Für die CDU spricht Herr Kollege Okos.

Thomas Okos* (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Demokratie ist die Grundvoraussetzung für Frieden und Freiheit.

(Beifall von der CDU)

Wir merken gegenwärtig, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist. Dachten wir lange, dass sich diese Regierungsform überall etabliert, so mögen wir in den vergangenen Jahren enttäuscht worden sein. Statt einer Entwicklung hin zur Demokratie, gibt es teilweise eine Abkehr. Das gilt nicht nur in anderen Ländern, sondern auch hier bei uns.

Wenn uns es etwas an unserer Demokratie liegt, müssen wir sie stärken und beschützen. Das ist Auftrag aller regierungstragenden Fraktionen im Land und im Bund.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der CDU: Richtig!)

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Einführung einer verbindlichen Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten leistet einen soliden Aufschlag, der unsere gemeinsamen Werte widerspiegelt. Es ist gut, dass wir darüber reden.

(Beifall von der SPD)

Demokratie kann nur mit einer aktiven Teilnahme funktionieren. Es ist wichtig, dass wir das Bewusstsein für demokratische Werte stärken. Diese entscheidenden Weichen können wir in Bildungseinrichtungen stellen. Da gebe ich dem Antrag recht. Allerdings geht das aus meiner Sicht noch nicht weit genug. Ich bin froh, dass wir darüber diskutieren werden. Ich habe es im Austausch mit vielen Schülerinnen und Schülern erlebt, dass die sagen: Guter Impuls. – Die haben aber noch viel mehr Ideen.

Auch der zweite Demokratiebericht hat uns sehr viele neue Einblicke gegeben, so etwa zur Bedeutung von politischer Bildung, die direkt im Lebensumfeld der Menschen stattfindet. Wir sollten politische Bildung also nicht mehr nur in Schulen verankern, sondern sie auch in den Alltag der Menschen bringen.

(Beifall von der CDU)

Ganz ähnlich verhält es sich mit Social Media. Der größte Teil der Jugendlichen informiert sich dort über das Geschehen. Wo könnte man politische Bildung also besser ansetzen als im digitalen Raum? Politische Bildung sollte nicht nur für diejenigen verfügbar sein, die aktiv danach suchen, sondern auch für die, die bislang keinen Zugang dazu haben.

Gleichzeitig müssen wir neue Wege der politischen Bildung gehen. Es reicht nicht mehr, nur auf etablierte Formate wie Projektwochen an Schulen oder das Verteilen von Broschüren zu setzen. Wir müssen viel näher ran. Demokratie muss greifbar werden. Wir sind als Abgeordnete gefordert. Wir müssen

bereit sein, neue Methoden zu erproben und unsere Ansätze ständig weiterzuentwickeln.

(Beifall von der CDU – Dr. Günther Bergmann [CDU]: Genau!)

Wir als Abgeordnete sind die besten Demokratiewegweiser. Das hat Wirkung. Ich selbst hatte in den ersten anderthalb Jahren, die ich in diesem Haus bin – ich habe noch einmal gezählt – 25 Besuchergruppen, 708 Besucherinnen und Besucher. Jeder Einzelne zählt.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Wahnsinn!)

Sie kamen größtenteils von Schulen, von Unis und gleich dreimal vom Bundessprachenamt in Hürth. Man merkt, dass es viele persönliche Fragen gibt. Man wird nach dem Urlaub gefragt, aber man wird auch danach gefragt, wie man selber Demokratie lebt und erfährt. Es ist wichtig, dass wir da in den direkten Austausch gehen.

Nach den Sommerferien habe ich mal alle Schulen angeschrieben. Ich habe Sie eingeladen, hierhin zu kommen, und angeboten, selber hinzugehen. Es ist wichtig, dass wir nicht nur am Vorlesetag in die Schulen gehen, sondern dass es Grundpfeiler unserer Arbeit im Wahlkreis ist.

Uns ist es wichtig, die Verbindung zu halten. Informieren wir also mehr über Social Media. Gehen wir auf die Fragen ein. Sprechen wir die Jugendlichen direkt an. All das sind Wege, unsere Demokratie zu stärken. Lassen Sie uns Mutmacher der Demokratie sein.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der CDU: Jo! – Zuruf von Jens Kamieth [CDU])

Lassen Sie uns also viel mehr über Demokratie sprechen. Frei nach den Worten von John F. Kennedy: Fragen wir als Politiker nicht, was die Schulen für die Demokratie tun können, sondern wie wir Demokratie in die Schulen bringen können.

(Sven Wolf [SPD]: Ui, Kennedy! – Zuruf von der CDU: Oho!)

Ich freue mich auf die Beratungen hierzu im Fachausschuss. Wir stimmen der Überweisung zu. Ich freue mich wirklich auf die Diskussion.

Abschließend wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes Jahr 2024 voller Demokratie. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Okos. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht ihre Fraktionsvorsitzende Frau Schäffer.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EU hat beschlossen, dass sie Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine führen will. Dabei ist für mich noch einmal sehr deutlich geworden, dass seit fast zwei Jahren in der Ukraine ein furchtbarer Krieg tobt. Mir macht das noch einmal deutlich, wie wertvoll Demokratie, Frieden und Freiheit sind. Sie sind eben nicht so selbstverständlich.

Diese Demokratie wird auch von innen angegriffen: die Festnahme von mutmaßlichen Mitgliedern der Hamas, der rechtsextreme Terror, die NSU-Anschlagsserie, die rechtsextremen Anschläge von Kassel, Halle und von Hanau, immer wieder das Aufdecken von Reichsbürgergruppen, das Entdecken von Waffen bei Rechtsextremen. Wir wissen alle, wie sehr unsere Demokratie immer wieder bedroht wird.

Ich würde der Analyse von Sven Wolf in weiten Teilen durchaus zustimmen, was den Zustand unserer Demokratie angeht. Ich würde an einer Stelle widersprechen wollen, wenn Sie über die Mitte sprechen, weil wir wissen, dass rechtsextreme, antidemokratische Einstellungen gerade auch in der Mitte der Gesellschaft vorhanden sind. Die Studien heißen ja gerade deshalb Mitte-Studien, weil es um unsere demokratische Mitte geht.

Wir müssen immer wieder dafür sorgen, dass menschenverachtende Einstellungen zurückgehen, und diesen Einstellungen widersprechen. Ich glaube, im Großen und Ganzen sind wir uns da sehr einig. Es ist gut und wichtig, dass wir uns immer wieder Gedanken darüber machen, wie wir unsere Demokratie stärken können.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Deshalb begrüße ich den Antrag. Ich will dennoch sagen, dass der Antrag für mich einige Fragen offenlässt. Auch in der Rede vorhin sind diese Fragen für mich nicht alle beantwortet worden, weil mir noch nicht ganz klar ist, was Sie sich unter einer Woche der Demokratie vorstellen.

Ich finde: Demokratie gehört in den Alltag unserer Bildungsinstitutionen. Es muss in die pädagogischen Konzepte. Ich will ein Beispiel aus unserer Kita nennen, wo Demokratie gelebt wird. Es gibt eine Kinderkonferenz, bei der die Kinder mitentscheiden dürfen und sagen können, was ihnen nicht gefällt und was sie gut finden; also eine Kinderkonferenz als Teil des pädagogischen Konzeptes in der Kita schon für die Kleinsten. Sie können mit darüber entscheiden, was die sechs Gruppen der Kita zu Mittag essen. Einmal in der Woche gibt es ein Wunschessen einer Gruppe.

(Sven Wolf [SPD]: Nudeln mit Ketchup!)

Das führt dazu, dass es bei uns in der Kita jetzt donnerstags immer Pommes gibt. Pommes sind eine super Sache, aber vor allem ist es super für die Kinder, nicht nur, weil die Pommes gut schmecken, sondern auch, weil es eine Erfahrung von Selbstwirksamkeit

ist und sie sich aktiv dafür entschieden haben, was es als Mittagessen gibt. Sie erlernen schon in der Kita, dass ihre Stimme zählt. Darauf kommt es an.

(Beifall von den GRÜNEN – Sven Wolf [SPD]:
Schönes Beispiel!)

Ich will auch sagen, dass es mit aktuellen Themen – wir erleben ja nach dem 7. Oktober einen offenen Antisemitismus –, auch mit dem Nahostkonflikt, eine Auseinandersetzung geben muss. Solche Themen können nicht auf die nächste Woche der Demokratie warten, sondern müssen sehr unmittelbar in den Bildungsinstitutionen besprochen werden. Es muss einen Raum dafür geben, damit solche Themen diskutiert und Fragen gestellt werden können, damit man sich austauschen kann.

Das steht gar nicht im Widerspruch zu dem Antrag. Ich will damit nur verdeutlichen, dass ich glaube, dass es mit einer Woche der Demokratie nicht getan ist. Ich glaube, das werden Sie genauso sehen; ich habe bei Ihnen zum Teil Kopfnicken gesehen. Lassen Sie uns deshalb darüber diskutieren, was genau Sie mit diesem Antrag vorhaben.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Deswegen soll es in den Ausschuss!)

Wenn wir den Demokratiebericht, den wir im Hauptausschuss gerade auf dem Tisch liegen haben, weiter auswerten, passt das gut zu der Frage, wie wir weiter vorgehen. Wir müssen da auch über Zielgruppen sprechen. Wir sind gerade nicht gut darin, alle Zielgruppen anzusprechen.

Ich fand es interessant, lieber Sven Wolf, dass du gesagt hast, dass du dir ein Buch bei der Landeszentrale bestellt hast. Es ist super, dass es diese Möglichkeit gibt. Nach der Empfehlung werde ich mir das Buch vielleicht auch bestellen oder einfach bei dir ausleihen, aber ich frage mich: Wer bestellt diese Bücher? Sind das wirklich die Zielgruppen, die wir aktuell nicht erreichen? Ich setze da mal ein sehr großes Fragezeichen.

Wenn es um Demokratiebildung und die Vermittlung von Demokratiekompetenz geht, müssen wir auch darüber sprechen, wen wir aktuell erreichen, und vor allen Dingen müssen wir darüber sprechen, wen wir nicht erreichen. Ich weiß nicht, ob die Publikationen allein der Weg sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Lassen Sie uns das diskutieren; wenn wir über die Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung diskutieren, ist das ein Punkt, den wir ebenfalls besprechen können.

Ich will mich am Ende meiner letzten Rede in diesem Jahr dafür bedanken, dass wir insbesondere im Hauptausschuss eine so gute Zusammenarbeit der demokratischen Fraktionen haben. Ich finde das in diesen anstrengenden Zeiten wichtig. Ich will mich

aber auch bei allen anderen Abgeordneten der demokratischen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr bedanken. Es war nicht immer einfach – wir haben hier anstrengende Diskussionen geführt –, aber auch das gehört dazu, das ist Bestandteil einer Demokratie.

Ich wünsche Ihnen schöne Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Vereinzelte Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Schäfer. – Für die FDP spricht ihr Abgeordneter Herr Wedel.

Dirk Wedel (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen, ausgenommen alle anderen. – Diese bekannten Worte von Sir Winston Churchill möchte ich noch um ein Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten Walter Scheel ergänzen:

„Die Demokratie ist nicht zuletzt deshalb die beste Staatsform, weil sie sich ihre eigenen Mängel eingesteht.“

Eine liberale Demokratie mit einem starken Rechtsstaat ist das Fundament einer offenen Gesellschaft, in der sich jeder Mensch frei entfalten kann. Wegen ihrer grundlegenden Bedeutung für unser Zusammenleben ist die Demokratie als eines unserer Staatsprinzipien im Grundgesetz verankert und steht unter dem Schutz der Ewigkeitsklausel.

Weltweit geraten Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie in die Defensive. Der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat den schwelenden Systemkonflikt zwischen Autokratien und Demokratien verschärft und offengelegt. Liberale Demokratien sind aber auch wegen Populisten und Extremisten im Stresstest. Desinformationen, Verschwörungstheorien und Hate Speech greifen die Grundpfeiler des demokratischen Gemeinwesens an.

(Beifall von der FDP)

Auch in Deutschland sind die Herausforderungen, vor denen unsere Demokratie aktuell steht, groß. Es sind dabei allerdings nicht nur die den politischen Diskurs bestimmenden Themen, welche unsere Demokratie auf eine Bewährungsprobe stellen, sondern auch sinkende Akzeptanz und schwindende Überzeugung.

Nach einer repräsentativen Umfrage von policy matters, die im Auftrag der Körber-Stiftung im Juni und Juli dieses Jahres durchgeführt wurde, haben nur noch 43 % der Befragten sehr großes bzw. großes Vertrauen in die Demokratie, während 54 % der Befragten weniger oder nur geringes Vertrauen in die

demokratischen Strukturen bekundet haben. Die im Antrag erwähnte Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung bestätigt diese Beobachtung.

Zweifelloos ist es erschreckend und Handlungsauftrag zugleich, wenn 30 % der im Rahmen der Studie befragten Personen der These zustimmen, dass Demokratie eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen führe.

Der hier zur Beratung stehende Antrag dringt jedoch noch nicht in ausreichendem Maße in die nötige Tiefe vor. So dokumentieren neben der zuvor erwähnten Mitte-Studie 2022/23 der Friedrich-Ebert-Stiftung auch die genannte von der Körber-Stiftung veröffentlichte repräsentative Umfrage sowie der gerade erst vorgestellte zweite Demokratiebericht des Landes Nordrhein-Westfalen eine Erosion des Vertrauens in die Demokratie. Diese Quellen finden jedoch keinerlei Berücksichtigung im Antrag.

Einer näheren Betrachtung bedürfte beispielsweise die in der von der Körber-Stiftung veröffentlichten Umfrage aufgezeigte Korrelation einer mittlerweile überwiegenden Zahl von Menschen, bei denen in Bezug auf ihre persönliche Zukunft Sorgen die Zuversicht überwiegen, oder der gestiegene Anteil derjenigen, die die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands pessimistisch sehen.

Gerade eine Auseinandersetzung mit dem zweiten Demokratiebericht, der sich in seinem Erhebungsmodus von anderen Untersuchungen dadurch abhebt, dass Menschen aus Nordrhein-Westfalen bereits ab einem Alter von 14 Jahren an der durchgeführten Umfrage teilgenommen haben, wäre nicht nur wünschenswert gewesen. Bedenkt man, dass nach dem Koalitionsvertrag das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre herabgesetzt werden soll und es bei der vorangegangenen Landtagswahl vor allem junge Menschen gewesen sind, die keinen Gebrauch von ihrem Stimmrecht gemacht haben, wird deutlich, weshalb eine Antragstellung nach Beschäftigung mit dieser Untersuchung wohl sinnvoller gewesen wäre.

Überdies stellt sich beispielsweise die Frage, wie wir Menschen wieder für die Demokratie gewinnen können, die aufgrund ihres Alters und der damit verbundenen Lebenssituation kaum oder keine Berührungspunkte mit den Bildungseinrichtungen des Landes haben und von der beantragten Woche der Demokratie nicht erreicht würden. Die Tatsache, dass laut des zweiten Demokratieberichts unter Menschen mittleren Alters die höchste Parteien- und Politikverdrossenheit festzustellen ist, untermauert, dass es auch eines speziell auf diese Personengruppe zugeschnittenen Ansatzes bedarf.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der vorliegende Antrag eine der derzeit größten Herausforderungen der Politik thematisiert; diese betreffen die Resilienz unserer Demokratie. Allerdings bleibt der

Antrag bisher hinter den aus dieser Herausforderung resultierenden Anforderungen an einen übergreifenden Lösungsansatz zurück.

Wir freuen uns auf die Diskussion im Ausschuss und stimmen der Überweisung gerne zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Da ich bei einem späteren Tagesordnungspunkt noch einmal hier stehe, kommen die Weihnachtswünsche erst dann.

(Heiterkeit – Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Wedel. – Für die AfD spricht der Abgeordnete Herr Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD möchte eine sogenannte Woche der Demokratie an allen Bildungseinrichtungen im Land durchführen, denn – so die SPD weiter im Antrag – die Demokratie sei in Gefahr. Dies habe die sogenannte Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ergeben. Schließlich stünden immer mehr Menschen der etablierten Politik im Lande distanziert gegenüber.

Das ist auf mehreren Ebenen so ehrlich – oder eben nicht –, wie man es von Sozialdemokraten gewohnt ist. Erstens ist die Friedrich-Ebert-Stiftung natürlich Ihre eigene parteinahe Stiftung, für die Sie sich im Bundeshaushalt, also vom Steuerzahler, jährlich einen neunstelligen Betrag genehmigen.

Zweitens ist das wiederum eine Form der verdeckten Parteienfinanzierung, die Sie sich und Ihren Freunden in den übrigen Altparteien bzw., wie Herr Wüst sagen würde, bei der Allianz des Mittelmaßes gönnen.

(Zuruf von Jens-Peter Nettekoven [CDU])

Nur einer einzigen Partei gönnen Sie das nicht: der AfD. Das ist ein schwerer und höchst durchsichtiger Fall antidemokratischer Wettbewerbsverzerrung.

(Zuruf von Jens-Peter Nettekoven [CDU])

Aber das werden irgendwann die Gerichte regeln müssen.

Drittens ist diese Studie, wenn man genau hinschaut, handwerklich höchst fragwürdig gemacht. Ich zitiere aus der Neuen Zürcher Zeitung:

„[...] wer mit den etablierten Medien fremdelt, die aktuelle Migrationspolitik ablehnt, Ausländer Ausländer nennt oder von der Existenz exakt zwei verschiedener Geschlechter überzeugt ist, wird von den Autoren ins rechtsextremistische Umfeld geschoben.“

Weiter heißt es:

„Mitte ist offenbar dort, wo der Koalitionsvertrag der ‚Ampel‘ abgearbeitet wird.“

Mit anderen Worten: Wer nicht auf SPD-Linie oder auf Linie der anderen Altparteien ist – der Unterschied ist ja kaum wahrnehmbar –, ist Ihrer Meinung nach eben rechtsextrem.

Auf dieser fragwürdigen Grundlage konstatiert die SPD dann weiter – ich zitiere –: „wachsende Gefährdung unserer Demokratie.“ Sie meint aber wohl eher eine wachsende Gefährdung der Sozialdemokratie; denn die nähert sich inzwischen bundesweit gefährlich der Einstelligkeit.

Die Schlüsse, die Sie daraus ziehen, sind weder einfallsreich noch überraschend noch tauglich, irgendwie das Vertrauen in die Demokratie zu steigern. Die Bildungseinrichtungen, also auch unsere Schulen, sollen unter der Überschrift „Woche der Demokratie“ wieder mal den Status quo bejubeln und alles schlecht machen, was nicht ins sozialdemokratische Weltbild passt.

Natürlich ist es nicht so, als gäbe es nicht heute schon landauf, landab genug linksangehauchte Lehrkräfte, die ihre Neutralitätspflichten verletzen und Schüler bedrängen, die nicht ins politisch korrekte Weltbild passen. Wir erhalten regelmäßig und immer mehr Meldungen in dieser Richtung.

Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass diejenigen, die für die AfD-Fraktion am diesjährigen Jugendlandtag teilgenommen haben, sich nun zum Teil an der Schule Repressalien ausgesetzt sehen, und zwar nicht von ihren Mitschülern, sondern von ihren Lehrkräften. Darüber werden wir aber vielleicht an anderer Stelle noch mal reden müssen.

Offenbar ist, was die SPD und ihre Mitstreiter im Staatsapparat unter Demokratie verstehen, das: den eigenen Machterhalt und die Bekämpfung von allem, was dem entgegensteht, und das mit allen schmutzigen Mitteln, auch mit der Drangsalierung von Jugendlichen.

Meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie unsere Demokratie retten wollen, dann fangen Sie doch einfach mal an, vor der eigenen Tür zu kehren. Es gäbe wirklich genug im eigenen Laden zu tun. Beginnen Sie doch mal damit, die Verwicklungen Ihres Kanzlers Scholz in die Cum-Ex-Affäre aufzuklären, anstatt sie mit unlauteren Mitteln in die sogenannte Vergesslichkeit zu schieben. Machen Sie Ihre Beteiligung an zahlreichen Medienhäusern in Deutschland transparent und klar erkennbar. Akzeptieren Sie Wahlergebnisse, auch wenn sie Ihnen nicht gefallen. Und sparen Sie auch mal bei sich selbst, anstatt wie Ihr Vorsitzender Ott – wir haben es in der Zeitung lesen können – via Hinterzimmer noch ein bisschen mehr Geld vom Steuerzahler einheimsen zu wollen; Stichwort: „Fraktionszulage“.

(Christian Dahm [SPD]: So ein Quatsch!)

Oder seien Sie zumindest so ehrlich und fordern Sie dies öffentlich, anstatt es im Hinterzimmer zu machen.

Die deutsche Sozialdemokratie mag in einer Krise sein, die deutsche Demokratie ist es meines Erachtens eher nicht. Ich glaube, sie ist nach Jahren der bleiernen Stagnation innerhalb der letzten zehn Jahre vielfältiger, lebendiger und ehrlicher geworden. Meine Fraktion wird auch im neuen Jahr trotz aller Gegenwehr ihr Möglichstes tun, um auf diesem Wege weiterzugehen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen frohe Weihnachten und alles Gute für das neue Jahr.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Nein dankel!)

Vielleicht nutzen Sie die Zeit für ein wenig Selbstreflexion. Das soll ja nicht schaden. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun Ministerin Ina Brandes das Wort. Bitte sehr.

Ina Brandes, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Rede, die wir gerade hören mussten, ist, glaube ich, der Beweis dafür, dass wir für 52 Wochen im Jahr die Woche der Demokratie brauchen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Wir alle wissen, dass in Deutschland über Hass im Netz, über die Verbreitung von Desinformationen, Verschwörungserzählungen usw. jeden Tag ein Kampf gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung geführt wird, leider auch hier im Parlament.

Dagegen müssen wir kämpfen. Das müssen wir in unseren Bildungseinrichtungen, in Schule und Hochschule, in der politischen Bildung tun. Wir müssen das aus meiner Sicht aber vor allen Dingen in den sozialen Medien tun. Ich kann Ihnen nach eigener Anschauung nur empfehlen, mal eine Stunde auf TikTok zu verbringen und den Namen einer Partei einzugeben, die hier sitzt. Sehen Sie sich mal an, was der Algorithmus Ihnen in der Stunde darauf präsentiert.

(Thorsten Klute [SPD]: Kanzler Tritschler!)

Es ist wirklich nicht zu glauben, was sich dort abspielt und in welcher Art und Weise vor allen Dingen die jungen Menschen, die im Wesentlichen die TikTok-Nutzer sind, mit Fehlinformationen, mit Desinformationen, mit bewusster Diskreditierung unserer Demokratie und vor allen Dingen unserer Politikerinnen

und Politiker dazu verleitet werden sollen, diesen Staat abzulehnen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Deswegen bin ich sehr froh und finde es sehr richtig, dass wir die Debatte heute führen und sie auch im Ausschuss führen werden. Ich bin als zuständige Ministerin natürlich zu allem bereit, was dazu beiträgt, unsere Demokratie zu stärken und vor ihren Feinden zu schützen.

Ich möchte aber herzlich darum bitten, dass wir unsere Diskussion etwas stärker weg vom Analogen und hin zum Digitalen verlagern. Aus meiner Sicht wird dort ganz besonders der Kampf um unsere Demokratie und unsere freiheitliche Grundordnung gevochten. Er muss dort auch gewonnen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass dieser Antrag an den Hauptausschuss – federführend –, an den Wissenschaftsausschuss, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen werden soll. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Somit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen.**

Ich rufe auf:

3 Ausreisepflicht konsequent durchsetzen – Ausreisegewahrsam am Flughafen Düsseldorf einrichten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7203

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion hat der Kollege Marc Lürbke das Wort. Bitte sehr.

Marc Lürbke* (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Druck im Land durch ungesteuerte Migration ist riesig. Unsere Städte und Gemeinden ächzen bei der Auf-